

Breslauer



Zeitung

No. 253.

Freitag den 12. September

1851.

Inhalt. Breslau. (Zur Situation.) — **Preußen.** Berlin. (Amtliches.) — (Der Bundes-Präsidentialgesandte Graf Thun und die österreichische Politik. Bundestagliches.) — (Sof- und Personal-Nachrichten.) — (Zur Tages-Chronik.) — Posen. (Der Oberpräsident. Ständisches.) — Merseburg. (Eröffnung des Landtages.) — Königsberg. (Rücktritt des Redakteurs Neumann.) — Koblenz. (Tagesneuigkeiten.) — **Deutschland.** Frankfurt. (Die Restaurations-Affektur. Mittel zur Radikalfur der Presse.) — (Bundestagliches.) — Aus Bayern. (Die Existenz der Kindergärten gefährdet.) — Darmstadt. (Beitritt zum Postverein.) — Gotha. (Man sieht folgenschweren Erklärungen der Minister entgegen.) — Weimar. (Berichtigung.) — Bayreuth. (Zug auf Bühnenschläge und Schnupftücher.) — Hannover. (Konferenzen wegen der Justiz-Organisation.) — Eisenach. (Ankunft der Herzogin v. Drleaus.) — Oldenburg. (Berichtigung.) — **Oesterreich.** Wien. (Tagesbericht.) — **Italien.** Rom. (Neue Nordscenen in Aussicht.) — **Frankreich.** Paris. (Erklärung des Herrn v. Molé.) — (Tagesbericht.) — **Großbritannien.** London. (Der Aufstand in Kuba.) — **Provinzial-Zeitung.** Breslau. (Aus dem Gemeinderathe.) — (Die Springersche Kapelle.) — (Polizeiliche Nachrichten.) — Aus dem Liegnitzer Kreise. (Zweite Aepfelbläthe.) — Aus dem Plesser Kreise. (Die kirchlichen Verhältnisse.) — Meisse. (Militärisches. Wahl dreier Armenärzte. Gefangenen-Transport.) — Glogau. (Extrazug. Festungsbauten. Kartoffelkrankheit.) — **Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.** Breslau. (Schwurgericht.) — (Die Entziehung der Konzession des Buchdruckers Walthe durch die königliche Regierung zu Trier.) — **Handel, Gewerbe und Ackerbau.** Breslau. (Produktenmarkt.) — (Berliner, Stettiner und Hamburger Markt.) — (Liverpooler Baumwollmarkt.) — (Freiburg-Waldenburger Bahn.) — (Der Anbau von Winter-Kartoffeln.) — Aus der Provinz. (Wiederaufgefundene Glasfabrikation.) — (Benutzung der kranken Kartoffeln.) — **Mannigfaltiges.**

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 9. Septbr., Abends 8 Uhr. Einem Gerüchte nach bewirbt sich Joinville um die Stelle eines Repräsentanten von Paris.

Paris, 9. Septbr., Nachmittags 5 Uhr. 3% 56, 45. 5% 92, 30. Cours vom 8.: 3% 56, 20. 5% 91, 75.

Hamburg, 10. September, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Weizen sehr flau. — Roggen pro Herbst und pro Frühjahr sehr stille. — Del fest. (Berl. Bl.)

Triest, 10. Septbr. London 11, 43. Silber 18 1/2.

Rom, 2. Sept. Unter dem Vorsteher Antonelli's wird eine außerordentliche Kommission zum Behufe der Reform des allgemeinen Gesetzbuchs und der neuen Organisation der Gerichte zusammentreten. Anstatt der revolutionären Schatzscheine werden demnächst sogenannte Surrogatscheine ausgegeben werden.

Turin, 7. Sept. Herr Mellegari soll von dem Grafen v. Cavour zum Unterrichtsminister vorgeschlagen worden sein.

Genoa, 7. Sept. Der König hat zur Feier seiner Anwesenheit mehrere Matrosen begnadigt, die sich zu Venedig schwere Disziplinvergehen hatten zu Schulden kommen lassen.

Breslau, den 11. September.

Ob die Hoffnungen begründet sind, welche wir gestern aussprachen, als wir den diesseitigen Handelsvertrag mit Hannover in nähere Erwägung zogen, wissen wir bis zur Stunde noch nicht, da offiziell über die Bestimmungen desselben noch nichts bekannt geworden ist. Sollen wir indessen den Angaben derjenigen Blätter trauen, welche den Kreisen nahe stehen, in welchen jetzt die Geschicke unseres Vaterlandes entschieden werden, so hätten wir leider Veranlassung, jene unsere Hoffnungen in Etwas herabzustimmen. Eins von diesen Blättern, die Kreuzzeitung, welche dem Aufschwunge des heimischen gewerblichen Lebens freilich stets entgegen zu treten bemüht gewesen ist, bringt die Nachricht, daß durch den neuen Vertrag zwar nicht die absolute Handelsfreiheit Preußens Handelspolitik geworden sei, daß indessen eine Annäherung an dieses Prinzip, wie sie in der Gesetzgebung vom Jahre 1818 zugesichert gewesen, die Voraussetzung der Verhandlungen gebildet habe. Ist dieses nun richtig, so wird es sich allein um das Maas der stattgehabten Annäherung an die Grundsätze jener Gesetzgebung handeln. So viel steht fest, daß ein pures Zurückgehen auf das Gesetz vom Jahre 1818 die ganze technische Kultur unseres Vaterlandes vernichten muß, während andererseits geringe Abänderungen in unserem gegenwärtigen Tarife, und namentlich solche, welche die wesentlichen Richtungen der produzierenden und fabrizirenden Thätigkeit innerhalb des Zollvereins nicht treffen, — wie wir schon gestern gesagt haben, — die angebahnte nationale Entwicklung unseres Verkehrslebens nicht hindern werden.

Die Gesetzgebung des Jahres 1818 hatte sich auf einem ganz anderen Felde zu bewegen, als die heutige volkswirtschaftliche Politik. Damals war die Fabrikindustrie Preußens wenig ausgebreitet, und der Gesetzgeber war sich bewußt, daß selbst ein Zurückgehen derselben oder ein unzureichendes Vorwärtsschreiten von minder tief eingreifendem Einflusse auf die materiellen Verhältnisse des Staates sein werde, da eine Industrie mindestens dem Staate verbleibe, mit deren Erzeugnissen der Bedarf der aus der Fremde eingeführten Waaren bezahlt werden könne. Diesen Rang unter den Industrien nahm zu jener Zeit der Ackerbau ein. Der Absatz seiner Erzeugnisse nach Großbritannien, das sich in beispielloser Art unter dem Schutze weiser Zollgesetze zu entwickeln begann, war damals gesichert. Diese Verhältnisse haben jedoch inzwischen eine vollständige Aenderung erfahren. Der Export unserer Bodenprodukte nach England ist seit der Aenderung in den dortigen Getreidegesetzen mindestens sehr präkar geworden. Schon beginnt in England der Ueberschuß aller Ernten zusammen zu strömen, und bald dürften dort die größten Märkte der Erde für Bodenprodukte entstanden sein. Durch diese Märkte wird dann der Preis regulirt werden und derselbe in Folge der billigen Zufuhren aus Rußland, Amerika u. s. w. auf einen Standpunkt herabkommen, welcher die Ausfuhr des deutschen Getreides noch weniger lohnend machen muß, als es jetzt bei der noch nicht völlig zur Geltung gekommenen Konkurrenz jener Länder bereits geworden ist.

Blieb daher nach den Ausichten im Jahre 1818 eine Industrie, nämlich die landwirtschaftliche, in jedem Falle übrig, um die Werthe zu schaffen, für welche unsere

ausländischen Bedürfnisse einzutauschen waren, so verhält sich dieses heut zu Tage ganz anders. Denn sobald ein Zurückgehen auf jene Zollgesetzgebung die heimische Fabrikindustrie vernichtet haben wird, ist alsdann kein Faktor vorhanden, welcher dergleichen Werthe schafft; da, wie wir gezeigt haben, auf den lohnenden Absatz unserer Ackerbau-Erzeugnisse in das Ausland durchaus nicht mehr mit Sicherheit gerechnet werden darf. Die drohende Gefahr der Entwerthung unserer Produkte des Ackerbaues konnte unseres Erachtens nur durch eine Erhöhung der inneren Konsumtionsfähigkeit, welche von der Entfaltung des heimischen gewerblichen Lebens zu erwarten stand, abgewendet werden. Jede erhebliche Verminderung des Umfangs unserer Industrie dagegen muß von den nachtheiligsten Wirkungen auf die produzierende Thätigkeit des Vaterlandes sein.

Das Korrespondenz-Bureau sagt: der Handelsminister Herr v. d. Heydt habe sich auf seiner jüngsten Reise durch Preußen und Pommern von der Nothwendigkeit überzeugt, diesen Provinzen, die in der letzten Zeit vielfach gelitten hätten, aufzuhelfen.

Wird, fragen wir nach dem Vorigen, das Einschlagen einer freihändlerischen Richtung in unserer Handelspolitik jenen Provinzen in der That eine Aufhilfe gewähren? Wir glauben nicht. — Unter allen handelspolitischen Parteien steht der Grundsatz fest, daß kein Staat ohne seinen Ruin hinausgesetzt von einem andern kaufen könne, falls er nicht selbst auch wieder nach auswärts verkauft. Bei einem freihändlerischen Tarife würden die Importe von auswärts natürlich erheblich größer als gegenwärtig sein. Womit wollen die Ostseeprovinzen diese Einkäufe bezahlen? Bisher lagen ihre Zahlungsmittel hauptsächlich in ihrem Getreide, in ihrem Flachse, in ihrer Wolle. Die Getreideausfuhr wird, wie wir gesehen haben, bald erheblich beschränkt und binnen Kurzem vielleicht ganz unthunlich werden. Von Flachse baut Großbritannien zur Zeit bereits 3/4 seines Bedarfs. Auch hier ist die Zeit nicht fern, wo die, durch die russische Konkurrenz schon sehr beschränkte Ausfuhr ganz aufhören dürfte. Und Wolle hat Großbritannien in den Qualitäten, wie sie die Ostseeprovinzen liefern, mehr als es bedarf und sehr preiswürdig aus seinen Kolonien. Womit also, wiederholen wir, wollen die Ostseeprovinzen in Zukunft ihre gegen heute noch sehr vermehrten Importe decken? Wie erheblich dieselben schon gegenwärtig gewesen sind, geht beispielsweise für Stettin aus den Jahresberichten der dortigen Kaufmannschaft hervor. Diese Stadt hat hiernach

im Jahre	importirt:	exportirt:
1843	17,800,000 Thlr.	3,100,000 Thlr.
1844	18,400,000 „	5,200,000 „
1845	20,500,000 „	5,800,000 „
1846	20,000,000 „	4,300,000 „
1847	25,600,000 „	6,500,000 „
1848	11,280,000 „	3,850,000 „
1849	12,211,000 „	4,511,000 „
	125,791,000 Thlr.	33,261,000 Thlr.

Mithin hat Stettin in diesen sieben Jahren für fast 126 Mill. Rtl. importirt und nur für etwas mehr als 33 Mill. Rtl. exportirt. Es hat also im Durchschnitte für über 13 Mill. jährlich mehr importirt als exportirt! Für diese kolossalen Summen in der Verkehrsbewegung Stettins hat das Ausland schon jetzt von uns bares Geld empfangen; und ähnlich verhält es sich in Bezug auf alle übrigen Ostseehäfen! — Nun soll die Einfuhr noch größer werden, während, wie wir gesehen haben, die fast ausschließlich aus Boden-Produkten bestehende Ausfuhr sich unausbleiblich vermindern muß. Die in barem Gelde dann künftig zu gewährende Ausgleichung würde daher noch viel größere Summen erfordern. In welcher Weise, fragen wir nochmals, sollen diese erworben werden, nachdem die Industrie vernichtet worden ist?

Ist dieser Ruin erfolgt, dann freilich beleben sich wieder die Ausichten der Ostseehäfen, denn dann muß das Getreide selbstredend fallen, da in dessen Stelle für die heimische Konsumtion in noch viel größerem Umfange als gegenwärtig die Kartoffel getreten sein wird; dann freilich ist für jene Städte wieder Aussicht zu einem lebhafteren Geschäfte vorhanden, — eine Aussicht indessen, die von den traurigsten Zuständen des Vaterlandes nicht zu trennen ist. Aber auch für diese unglückliche Zeit selbst fragt es sich, ob die Preise des heimischen Getreides, wenn auch auf ihr Minimum reduziert, doch niedriger als die für die Cerealien Amerika's, Rußlands u. s. w. sich stellen dürften? —

Wir können mithin eine Aufhilfe für die Ostsee-Provinzen in einem Tarife mit freihändlerischer Richtung nicht erblicken. Denn was hilft es, wenn man Jemandem die Wege zeigt, auf denen er seine Bedürfnisse billiger als sonst befriedigen kann, und

ihm die Mittel zu dem Erwerbe auch dieser minder theuren Gegenstände fehlen? Der Wohlthäter der Ostsee-Provinzen muß ihnen zeigen, wie sie **erwerben**, nicht aber wie sie sparen sollen.

Gerade die letzte Zeit ist, wie wir dem Korrespondenz-Bureau erwidern müssen, eine für die Ostsee-Provinzen günstigere gewesen. Denn die neuen englischen Navigations-Gesetze haben der Entfaltung der Rheberei jener Städte eine überaus glückliche Basis gegeben. Ist von den Ostsee-Häfen die ihnen hier gebotene Gelegenheit nicht vollständig benutzt worden, so tragen sie ihre eigene Schuld. Warum haben unsere Rheber keine gekupferten Schiffe angeschafft, trotzdem daß sie von den binnländischen Handelsstädten mehrfach darum angegangen waren? — Ohne solche Schiffe freilich kann das ihnen durch jene liberalere Gesetzgebung gebotene Feld der Schifffahrtbewegung nicht hinreichend ausgebeutet werden. Aber unsere Rheber hatten bisher nicht nöthig gehabt, sich mit überseeischen Fahrten zu bemühen, da sie alles, was sie für den Zollverein brauchten, aus Großbritannien beschaffen konnten, ohne sich viel Umstände zu machen. So bequem hat die übrige Industrie des Zollvereins es weder gehabt, noch sich gemacht. Hätten die Ostseestädte die Ausbeutung des überseeischen Schifffahrtsverkehrs und die Berücksichtigung und Unterstützung des heimischen, man möchte fast sagen, statt des großbritannischen Gewerbfleißes sich angelegen sein lassen, so wäre ein großer Theil ihrer Klagen von selbst fortgefallen.

Wir glauben daher nicht an die Angabe, daß unser mit den Verhältnissen sehr wohl bekannter Herr Handels-Minister aus Rücksicht auf den Handel der Ostsee-Städte, der eben als Handel immer nur Mittel und nie Zweck sein darf, seine Zustimmung zu erheblichen Aenderungen des Tarifs in freihändlerischem Sinne gegeben haben sollte.

Hätten wir in der That dergleichen Aenderungen zu beklagen, so wären wir allein geneigt, das Motiv für dieselben in einer Nothigung zu suchen, die Interessen der Handelspolitik abermals denen der Staatspolitik unterzuordnen.

Breslau, 11. Septbr. [Zur Situation.] Wir fahren fort die Mittheilungen zu sammeln, welche uns über die Natur des zwischen Preußen und Hannover abgeschlossenen Vertrages durch die Presse zugetragen werden.

Mit Bezugnahme auf den österreichischen Plan der Zolleinigung, welcher für jetzt in den Hintergrund gedrängt ist, schreibt die Spener'sche Zeitung über den Zollvertrag: „In Hannover und dem Anschluß des Steuervereins haben wir einen mächtigen Bundesgenossen für diesen Kampf gewonnen, wenn er sich erneuern sollte, und zwar hauptsächlich deswegen, weil sich der Steuerverein wohl auf der Basis des in manchen Punkten zu ermäßigenden Zollvereinstarifs mit diesem einverstanden erklären, nie aber dem österreichischen Systeme beitreten kann. Zwar haben Preußen und Hannover jetzt nur einen Präliminarvertrag abgeschlossen, indessen enthält auch dieser schon bindende Bestimmungen, welche in den demnächst zu eröffnenden Verhandlungen ihre volle Kraft erhalten werden. Als Anfangspunkt für den Beitritt Hannovers zum Zollverein ist der 1. Januar 1854 festgesetzt, d. h. der Tag, mit dem die jetzigen Zollvereinsverträge überhaupt ablaufen, wenn sie nicht in der Zwischenzeit erneuert werden. Der Hauptpunkt des Vertrages vom 7. September ist nun, daß Hannover für die Verhandlungen, welche über die Fortdauer des Zollvereins gepflogen werden sollen, als Mitparticent eintritt, und daß also ohne seine ausdrückliche Zustimmung nichts hierüber beschlossen werden kann. Einzelne Bestimmungen sind natürlich in dem Präliminarvertrage noch nicht vorhanden, sondern es sind nur die allgemeinen Grundsätze dafür aufgestellt worden. Diese besagen, daß Hannover sich dem Steuersystem Preußens anschließt, und daß für die Verhandlungen über die einzelnen Tariffälle, die Zollgesetzgebung und die ganze Organisation des neuen Vereins die des Zollvereins und nicht die des Steuervereins zum Grunde gelegt werden sollen. Wegen dieser Bestimmung sagte auch das halboffizielle Organ der preussischen Regierung, daß den Zollvereinsstaaten durch den Abschluß des vorliegenden Vertrages nichts präjudicirt und ihnen kein Gegenstand der Beunruhigung geboten werde. Hannover hat darauf bestanden, daß die Schutz- oder Finanzzölle des Zollvereinstarifs keine Erhöhung erfahren dürfen, sondern den Umständen entsprechend ermäßigt werden sollen. Einen besonders wichtigen Gegenstand der Verhandlungen werden die Bestimmungen über den Verkehr mit den Gegenständen der eigenen Produktion und des inneren Verbrauchs bilden, wie Tabak, Wein, Branntwein, Salz, Bier, Rübenzucker, welche zum Theil in Hannover gering besteuert sind und nicht auf die Höhe der Besteuerung im Zollverein können gesetzt werden, wie denn namentlich das Salz zu den im Steuerverein geltenden Preisen, bei den unsrigen, nicht wird eingeführt werden können. Einen anderen höchst wichtigen Gegenstand bildet der Zucker, bei dem sich wahrscheinlich verwirklichen wird, was schon viele Stimmen im Zollverein gefordert haben, daß Kolonial- und Rübenzucker gleichgestellt werden. Ueber alles dieses wird die unverzüglich nach Berlin zu berufende Zollkonferenz zu entscheiden haben. Um die betreffenden Arbeiten vorzubereiten und mit Preußen die Vereinbarung im Detail zu bewerkstelligen, wird der Bevollmächtigte von Hannover, Klenze, hier verbleiben, und Berlin wird wiederum durch seine überwiegende Stellung dahingeführt, daß es, nachdem die politischen Unterhandlungen gescheitert sind, dennoch als ein neuer Centralpunkt für die deutschen Angelegenheiten hervortritt.“

Das C. B. erklärt, daß ihm gleichlautende Mittheilungen zugegangen seien.

Die Const. Z. bringt die allerdings wichtige, aber durchaus unglaublich scheinende Nachricht: der Steuerverein erhalte ein praecipuum von drei Viertel für die Kaffe, d. h. bei der Abrechnung und Auszahlung der Quoten aus der Zollvereinskasse wird für jede Kaffe des Steuervereins nicht ein Theil, sondern $1\frac{3}{4}$ berechnet; — dies würde die frühere Forderung Hannovers ganz enorm übersteigen — zweitens würde der Zoll auf die hauptsächlichsten Verbrauchsgegenstände um wenig erhöht über die Sätze, welche Hannover bereits im vorigen Jahre aus Oldenburg und Bremen für den Steuerverein vereinbarten wollte; diese Sätze, auch jetzt noch geheim, sind höher als die jetzt im Steuerverein erhobenen Zölle.

Außerdem will die Const. Z. noch wissen, daß rücksichtlich der Form der Vereinigung die Verfassung des Zollvereins in allen ihren Theilen, mithin mit Einschluß des bestehenden Zolltarifs als Grundlage festgestellt worden.

Schließlich sei durch den Vertrag vom 7. d. noch für die glückliche Lösung der wichtigsten Frage, die sich in nächster Zeit im Zollverein erheben wird, eine große Garantie gegeben. Die Absichten der preussischen Regierung gehen darauf aus, das Stimmenverhältniß in Zollvereinsangelegenheiten nach dem Machtverhältniß zu regeln, somit an die Stelle der Gleichberechtigung unter den stimmberechtigten Staaten ein abgestuftes Stimmrecht zu setzen. Wollte nun aber Preußen, das bekannt-

lich der Bevölkerung nach mehr als die Hälfte des Zollvereins repräsentirt, seine Ansprüche rein seiner Macht nach erheben, so würde solches Verlangen auf dem gerabesten Wege zur Sprengung des Zollvereins führen, weil sich die übrigen Vereinsstaaten niemals die Alleinherrschaft der preussischen Majorität würden gefallen lassen. Das Hannover, das auf seine Selbstständigkeit so eifersüchtige Hannover gleichwohl in demselben Moment, wo derartige Reformen in sicherer Aussicht stehen, seinen Anschluß an den Zollverein vorbereitet, verbürgt aber, daß die preussischen Ansprüche so mäßig sein müssen, daß sie die billige Rücksicht auf die übrigen Vereinsstaaten nicht außer Augen setzen.

Die guten Hoffnungen, welche hiernach von der Const. Z. angeregt worden, erleiden jedoch ein schmerzliches Desaveu durch deren hannov. Korrespondent, welcher aus kompetentem Munde die Versicherung haben will, daß eine Einigung zwischen Hannover und Preußen nur denkbar unter der Voraussetzung des unbedingten Zurückgehens Preußens auf die Grundsätze von 1818. An dieser Voraussetzung hält auch die N. Pr. Z. noch fest, welche nur unter dieser Voraussetzung den Vertrag des Abschlusses werth hält. — Uebrigens sei derselbe im Namen Preußens, unabhängig von den andern Staaten des Zollvereins abgeschlossen; diesen jedoch der Beitritt vorbehalten.

Dagegen versichert die Leipz. Z., daß die Regierungen Süddeutschlands ihre Zustimmung zu den Bedingungen des Vertrags gegeben haben und andererseits Hannover nur unter der Voraussetzung eines längeren Fortbestandes des Zollvereins beigetreten sei.

Der Obersteuer-Direktor Klenze aus Hannover, meldet auch die N. Z., werde noch längere Zeit in Berlin bleiben, um die genaueren Verabredungen über die veränderten Zolleinrichtungen zu treffen, welche durch den Anschluß des Steuer-Vereins an den Zollverein nothwendig werden. Schon in den nächsten Tagen wird an sämtliche Zollvereinsstaaten eine Einladung zu einer außerordentlichen, in Berlin stattfindenden Zollkonferenz erlassen werden, welche sich dann mit der Frage wegen der Erneuerung der ablaufenden Zollvereins-Verträge und der etwa in den organischen Einrichtungen des Vereins erforderlichen Abänderungen beschäftigen wird. Dem Abschluß des Vertrages vom 7. d. M. wären spezielle Verhandlungen zwischen Oldenburg und Hannover vorgegangen, in denen der erstere Staat sich durchweg den hannoverscher Seite getroffenen Feststellungen anschloß und den hannov. Bevollmächtigten völlig auch in seinem Namen zu handeln beauftragte. — Die von der „N. Pr. Z.“ angeregte Betrachtung, daß eine der unmittelbaren Folgen des Vertrages zwischen dem Zoll- und dem Steuer-Verein in der Beschleunigung der Verhandlungen mit Belgien liegen würde, trifft so sehr zu, daß Herr Rothomb nicht bloß bereits dieserhalb eine Besprechung im auswärtigen Amte hatte, sondern auch einen Courier mit offenbar hierauf bezüglichen Depeschen nach Brüssel expedirte.

Schließlich versichert noch das C. B., daß der Vertrag vom 7. am 10. bereits die Sanction Sr. Majestät des Königs erhalten habe und nach Mittheilung an die Zollvereinsstaaten sofort, mit allen Nebensachen veröffentlicht werden würde.

Preußen.

Berlin, 10. Septbr. [Amtliches.] Sr. Maj. der König sind von der Reise in Potsdam auf Schloß Sanssouci eingetroffen.

Sr. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem Oberst-Lieutenant a. D. v. Lindequist zu Putbus in Pommern den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; die auf den bisherigen Landchafts-Rath v. Zychlinski auf Dyck gefallene Wahl als Landchafts-Direktor des Schneidemühlener Departements für die nächsten sechs Jahre von Johannis 1851 bis dahin 1857 allergnädigst zu bestätigen; dem Divisions-Auditeur Marcard der 2ten Division in Danzig, dem Divisions-Auditeur v. Norzmann der 3ten Division in Stettin, dem Divisions-Auditeur Zeeke der 12ten Division in Meisse, dem Garde-Divisions-Auditeur Heymann in Berlin und dem Divisions-Auditeur Seidler der 5ten mobilen Division in Poreberg den Justizraths-Titel zu verleihen. — Sr. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem Kammerherrn Grafen v. Gersdorff aus Hermsdorf und Janowitz die Erlaubniß zur Anlegung des von Sr. Maj. dem König von Dänemark ihm verliehenen Großkreuzes des Dannebrog-Ordens zu erteilen.

Angekommen: Sr. Exc. der Ober-Kammerherr und Minister des königlichen Hauses, Graf zu Stolberg-Wernigerode, aus Schlesien. — Der Vice-Ober-Jägermeister Graf von der Asseburg-Falkenstein, von Meisdorf. — Abgereist: Sr. Hoheit der Erbprinz von Anhalt-Deffau, nach Potsdam. Sr. Exc. der General der Kavallerie und Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken, v. Wrangel, nach Treuenbriezen.

C. B. Berlin, 10. September. [Der Bundespräsidialgesandte Graf Thun und die österreichische Politik. — Bundestägliches.] Wir haben gestern erwähnt, daß man hier an unterrichteter Stelle von einer Abberufung des Bundespräsidialgesandten, Herrn v. Thun keine Kunde hat. Diese Notiz kann, was das Gerücht über die Abberufung anlangt, durch folgende Bemerkungen ergänzt werden. Die bekannten kaiserlichen Handschriften, so wie die Deklaration des vollständigen Einvernehmens zwischen Oesterreich und Preußen und die noch immer mangelnde bestimmte Zustimmungserklärung Rußlands in der Gesamteintrittsfrage, haben der altconservativen Partei, der Gegnerin der centralisirenden und nivellirenden Schwarzenberg'schen Politik, neue Hoffnung gegeben, das herrschende System und mit ihm das gegenwärtige Kabinett zu stürzen. Es erscheint aber diese Hoffnung der Realisation nicht eben nahe. Die Fehler Zusammenkunft ist dafür Zeugniß, daß die Person wie die Politik des österreichischen Ministerpräsidenten sich nach wie vor der wärmsten Unterstützung des Kaisers zu erfreuen haben. Wenn so die Prämisse eines Rücktritts des gegenwärtigen österreichischen Kabinetts unrichtig ist, so ist es die auf diese Prämisse zum großen Theil gestützte Nachricht von einer Abberufung des Grafen Thun sicher. Die erneuerte Behauptung, daß der Fürst Metternich als das Haupt der altconservativen Partei gelten könne und daß mit seiner Rückkehr das Fallen des gegenwärtigen Kabinetts immer sicherer werde, entspricht keineswegs dem durchaus nicht so geheim gehaltenen Auftreten des Fürsten Metternich der Schwarzenberg'schen Politik gegenüber. Fürst Metternich wird sicher, in die österreichischen Erbstaaten zurückgekehrt, wie bisher, so weit, und dies geschieht in beschränktem Maße, er sich überhaupt offiziell oder wenn man will offiziell an der Politik des Kaiserstaats theilhaftig, seine Thätigkeit der Unterstützung der gegenwärtigen kaiserlichen Regierung in Rath und That widmen. Die nunmehr erzielte

eines direkten Eingriffes des Bundes von der einen Seite (den Freunden des Kompetenzantrages) nicht eben vermieden sehen wollte, während dem andern Theile die Erinnerung an die ganze Geschichte des Bundes vor 1848 lebhaft vor Augen gerückt wurde. Der gegenwärtige Beschluß ist eine Art Vermittelung zwischen beiden Ansichten. Man stand von einem Dekretiren, einem unmittelbaren Eingriffe in die sogenannte revolutionäre Gesetzgebung ab, indem die einzelnen Staaten ihren guten Willen und ihren Eifer zu selbstständigem Vergehen zu erkennen gaben und die Verpflichtung übernahmen, so schnell als möglich das Geeignete einzuleiten. Dies heiße den verfassungsmäßigen Weg wahren!! Als die dissentirenden Stimmen wurden uns Baiern, Würtemberg, die thüringischen Staaten, Braunschweig und Nassau und Luxemburg genannt. (Eine andere Quelle nennt uns auch Oldenburg.) Der Beschluß wurde im engern Rathe gefaßt, weil er nicht sowohl, der Interpretation nach, der Aufhebung eines Grundgesetzes, sondern der formellen Ungültigerklärung eines bereits für ungültig gehaltenen Gesetzes galt. Eben deshalb ist aber davon keine Rede, daß die Staaten, welche dem Beschlusse nicht beistimmten, nicht gehalten seien, ihn zu vollführen; man wird im Gegentheil noch sie zum Beitritte zu bewegen suchen und einstweilen sich auch ohne ihn begnügen. So wird uns glaubhaft und wie wir annehmen dürfen im Wesentlichen mitgeteilt. Wie es ferner heiße, würden Staaten, die in der Lage sind, es thun zu können, nicht säumen, den „verfassungsmäßigen“ Weg zur grundrechtlichen Spuration einzuschlagen. Von dem hiesigen Senate wird uns erzählt, daß er bereits den Gegenstand in Berathung genommen, und die Rückfrage gestellt habe, welches denn diejenigen Gesetzbestimmungen seien, die mit der Bundesgesetzgebung nicht in Uebereinstimmung seien. Indes soll er noch keine Antwort erhalten haben.

(Const. 3tg)

Aus Baiern, 5. Sept. Die Muthmaßung, daß auch in unserem Lande die Existenz der Kindergärten nach dem Vorgange in Preußen gefährdet sei, hat bereits in Fürth eine Begründung erhalten. Der dort von der freien christlichen Gemeinde ins Leben gerufene Kindergarten, zu welchem den Kindern aller Konfessionen der Zutritt freistand, ist von der Regierung von Mittelfranken für geschlossen erklärt worden.

Darmstadt, 8. Sept. Das heute erschienene „Regierungsblatt“ enthält die offizielle Bekanntmachung, den Beitritt des Großherzogthums Hessen zum deutsch-österreichischen Postverein betreffend.

Gotha, 5. Sept. Auch der „D. P. A. Z.“ wird von hier geschrieben, daß man nach Eröffnung des am 8. zusammentretenden Landtages sehr folgenschwere Erklärungen des Staatsministeriums wegen Umgestaltung unseres Staatsgrundgesetzes erwarte. In Betreff des schon erwähnten zweiten Berathungsgegenstandes, nämlich des schon früher besprochenen Anspruches des Prinzen Albert auf die aus einem von seinem Vater abgeschlossenen Familienvertrage hergeleitete Alodialrente im Betrage von 25,000 Fl., wird geschrieben: Diefem Anspruch ist neuerdings auch der regierende Herzog beigetreten und nach einem vom Staatsministerium ins Mittel gelegten Vergleichsvorschlage ist die beanspruchte beiderseitige Rente auf 40,000 Fl. herabgesetzt, dagegen gefordert worden, daß der Fiskus seine Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dieses Anspruches fallen lasse, die seit 1849 rückständige Rente auszahle und zur Ausschcheidung des rentirenden Alodialgutes sofort schreite, resp. dieselbe nöthigenfalls durch Schiedsrichter bewirken solle. Am Schluß der letzten Landtagssitzung ist diese Angelegenheit dem Rechtsausschuß zur Begutachtung überwiesen worden, welcher darüber Bericht erstatten wird. Auch einer Vorlage über die von einer eigens dazu bestellten Kommission berathene Ablösung der Grundlasten sieht man entgegen.

Weimar, 8. Septbr. [Berichtigung.] Die in mehreren Zeitungen mitgetheilte Nachricht von einer Entfagung des Großherzogs, um gewissen Restaurationsideen einen erleichterten Eingang zu verschaffen, hat hier überall Erstaunen erregt, da hier von derartigen Plänen nirgend etwas bekannt ist. Der Großherzog ist übrigens erst kürzlich von einer Badereise zurückgekehrt. Die fragliche Nachricht ist schon wegen der zu Grunde gelegten Motive nicht glaubhaft. (D. A. Z.)

Eisenach, 6. September. Gestern Abend nach 10 Uhr traf die schon Tags vorher erwartete Herzogin von Orleans mit ihren Prinzen hier wieder ein. (D. P. A. Z.)

Bauzen, 7. Septbr. [Jagd auf Bücher-Umschläge und Schnupftücher.] Auch von der hiesigen Polizei wurde nach den jetzt so verurtheilten Bücher-Umschlägen Nachfrage gehalten, jedoch ohne Resultat. — Gestern wurde bei den hiesigen Schnittwaarenhandlungen nach Schnupftüchern gefahndet, die mit den Bildnissen einiger hervorragenden aber mißliebigen Persönlichkeiten geziert sind; in einer solchen Waarenhandlung fand man noch vier Stück davon vor. (S. E. Z.)

Hannover, 8. September. [Konferenzen.] Schon eine volle Woche ist der Präsident Leist aus Celle in der Residenz anwesend, aufgefordert zum Erscheinen vor Sr. Majestät dem Könige. Präsident Leist hat täglich Audienz beim Könige gehabt, war täglich zur königlichen Tafel geladen. Er konferirte täglich mit dem Ober-Staatsanwalt Bacmeister, von welchem man annimmt, daß er nichts weniger als ein unbedingter Verehrer der beabsichtigten Justiz-Organisation sei, und auch Herr Bacmeister befand sich dieser Tage mehrfach im Palais. Man sagt nun: der König habe den genannten beiden Herren eine Art Superrevision aufgetragen, sie würden ohne Zweifel ein Votum gegen die neue Justiz-Organisation und wohl gegen die sämtlichen neuen Organisationen abgeben; ein Ministerwechsel stehe demnach bevor u. s. f. Es hat seine Richtigkeit damit, daß Se. Majestät der König die Meinung der Herren Leist und Bacmeister in den erwähnten Sachen habe hören wollen, allein der Anlaß dürfte nicht darin, worin man auf gewissen Seiten ihn gesucht hat, nämlich in Abneigung und Mißtrauen des Königs gegen die Organisationen, sondern darin liegen, daß Se. Majestät, von so vielen und angesehenen Personen in der letzten Zeit bestärkt, ihrer Ansicht und Willensmeinung neuerdings haben um so gewisser werden und noch mehr, jeden Vorwurf haben abschneiden wollen, als hätten Höchste irgend etwas verabsäumt, auch den Widersachern der Organisationen gerecht zu werden, und vielmehr beredet als in eigener klarer und vollkommener Ueberzeugung zur Unterzeichnung der Organisationsgesetze zu schreiten. Genug, die Herren Leist und Bacmeister haben heute beim Könige ihre Erklärung dahin abgegeben, daß das weitere Vorgehen auf dem Wege, auf welchem man sich befindet, eine unumgängliche Nothwendigkeit sei. Besonders Herr Bacmeister befand sich in einer delikaten Situation, zumal da der Justizminister abwesend war. Nach Allem, was man aus verlässlicher Quelle vernimmt, hat er sich des ihm gewordenen Auftrags mit eben so viel Offenheit und Loyalität als Gewandtheit entledigt. (Pr. Z.)

Oldenburg. [Berichtigung.] Ein von der „Neuen Bremer Zeitung“ verbreitetes Gerücht, das dem Großherzog von Oldenburg ähnliche Absichten zuschrieb, wie dem Großherzog von Sachsen-Weimar, nennt die „Weserzeitung“ gänzlich aus der Luft gegriffen.

Österreich.

* **Wien, 10. Sept.** [Tagesbericht.] Der Kaiser begab sich vorgestern in das Lager im Marchfelde und wollte dort zwei bis drei Tage verbleiben, ist aber gestern Abend nach der Residenz zurückgekehrt. Die rauhe und kalte Witterung dürfte es nur gestatten, daß der Kaiser während des Tages im Lager verweilt. — Die Anwesenheit der Königin von Preußen wird drei Tage dauern, und trifft mit der, der Kaiserin Marie Anna zusammen. Beide hohe Damen werden in Gemeinschaft der Erzherzogin Sophie das Lager im Marchfelde besichtigen, einem großen Manöver beizohnen und dann zusammen die Rückreise über Prag antreten.

Der Kaiser genehmigte die unbedingte Dienstesresignation des Senatspräsidenten beim Wiener Landesgericht, Ludwig Grafen Breda, und unter Bezugung der Zufriedenheit für seine treuen Dienstleistungen, sowie in Anerkennung seines verdienstlichen amtlichen Wirkens, ist ihm der mit seiner gegenwärtigen Dienststellung verbundene Titel und Charakter belassen.

Das Reichsgesetzblatt enthält die kaiserliche Verordnung über die Modalitäten der Tilgung der ermittelten Grundentlastungs-Entschädigungs- und Ablösungs-Kapitalien. Zu diesem Behufe bleibt den Verpflichteten die Wahl zwischen Annuitäten (Amortisationsraten, berechnet auf eine bestimmte Anzahl Jahre) oder fortlaufender entsprechender Verzinsung nebst Leistung des zwanzigfachen Betrages der ermittelten Rente freigestellt.

An dem bisher noch nicht veröffentlichten Finanz-Voranschlag für das laufende Verwaltungsjahr, sollen in Folge des kaiserlichen Handschreibens in Betreff der einzuführenden Ersparnisse in dem Staatshaushalte, einige Modifikationen vorgenommen werden.

In nächster Woche beginnen im Reichsrathe die Berathungen über den neuen Zoll-Tarif.

Italien.

Rom, 29. August. [Neue Mordscenen in Aussicht.] An mehreren Kirchen fanden sich heute in der Frühe theils geschriebene, theils gedruckte Anschläge, zwar verschiedener Fassung, doch aus derselben Dffizin, welche uns, wie es scheint, noch auf andere Mordscenen vorbereiten sollen. Die zwei, welche ich von einer Gendarmen-Patrouille herunter schneiden sah, hatten den unerhörten Eingang: „Morte al Papa! Morte ai Cardinali, Prelati e a tutti gli altri Preti!“, welchen Allgemeinheiten noch eine Menge Namen einzelner Proscribirten schließt nachfolgend. Wohl ist es wahr, daß die italienischen Demokraten ihre politischen Knallkerben und Giftkugeln mit außerordentlicher Meisterschaft herumzustreuen verstehen. Allein die in den höhern, über die wahre Lage der Dinge gewöhnlich wohlunterrichteten gesellschaftlichen Kreisen sichtlich wachsende und von Vielen nicht mehr zu verhaltende Furchtsamkeit scheint doch darauf hinzudeuten, daß hinter diesen fortbauenden Demonstrationen noch etwas Schlimmeres steckt. (A. Z.)

* Das N. B. meldet ferner: „In Rom finden noch immer zahlreiche Verhaftungen statt. Unter Anderen ergriff man auch den Sohn eines ausgewiesenen Majors der republikanischen Armee, bei welchem man verschiedene Waffen, besonders eine Anzahl Stilette vorfand. — Auch bei einem höheren Beamten, der im Quirinal selbst wohnt, einem gewissen Alessandrini, führte eine Haussuchung zu wichtigen Entdeckungen. — Die politischen Mordthaten nehmen immer noch kein Ende. Schon wieder ist ein gewisser Ceogni, früher als Mazzinischer Agent verschrien, erdolcht worden. Seit der Ermordung des Kanzlers Evangelisti beträgt die Zahl der in Rom begangenen und ungestraft gebliebenen Attentate schon sechszehn.“

Die sardinische Regierung verordnet den Grenzbehörden, Personen mit römischen und toskanischen Pässen nicht ins Land zu lassen, wenn diese Pässe nicht von den Gesandten ihrer Nation vidimirt sind. — Seit einiger Zeit trachtet eine große Zahl von Individuen, mit Pässen von der toskanischen oder päpstlichen Regierung versehen, geschwindig die piemontesische Grenze zu überschreiten, trotzdem ihnen die auswärtigen Gesandten die Vidimierung verweigerten. Die sardinische Regierung verordnet nun, solche Individuen an der Grenze anzuhalten, wodurch sie sich der Gefahr aussetzen, verhaftet oder abgeschoben zu werden.

Von den neapolitanischen Staatsgefangenen wurden 46 zum Tode verurtheilt. Darunter befinden sich 10 Exdeputirte, 2 Exminister, 1 Gesandter und 2 Geistliche. Man hofft, der König werde die Todesstrafe in Kerker verwandeln.

Frankreich.

Paris, 7. Sept. [Erklärung des Herrn v. Molé.] Schon seit mehreren Tagen war das Gerücht verbreitet, daß in Champlâtreux, im Schlosse des Grafen Molé, eine Versammlung der Chefs der Fusions-Partei stattgefunden habe, in welcher beschlossen sei, den Grafen-Molé als Kandidaten zur Präsidentschaft aufzustellen. Dieses Gerücht ist durchaus falsch, wurde jedoch in so bestimmter Weise verbreitet, daß Graf Molé selbst es für gut befunden hat, dasselbe zu dementiren. Zu diesem Zwecke wird das „Bulletin de Paris“ heute Abends einen längeren Brief seines Mit-Redakteurs Leon Vidal veröffentlichen, der augenblicklich im Schlosse Champlâtreux anwesend ist, und das Vertrauen des alten Staatsmannes in hohem Grade genießt. In diesem Briefe wird zuvörderst erklärt, daß die letzte Vereinigung von Staatsmännern, als Guizot, Montebello, Duchatel, Montalivet, Salvandy u. s. w., eine rein zufällige gewesen und man daraus keine bestimmten politischen Berathungen gehalten habe. Was speziell die angebliche Kandidatur des Grafen Molé anbelange, so sei allerdings von einigen seiner Parteifreunde dieselbe, aus mehrfachen Gründen für nützlich gehalten, angeregt, es sei aber niemals darüber berathen worden und noch weniger dem Grafen eingefallen, dieselbe anzunehmen. Hinsichtlich der Kandidatur Joinville's erklärt der Briefschreiber, daß Molé und seine Freunde derselben fortwährend durchaus feindlich seien und zudem wüßten, daß die Königin Maria Amalie über die Absicht des Prinzen sehr betrübt sei und dieselbe als dem letzten Willen Louis Philippe's ganz entgegenstehend ansehe. Herr Vidal schließt mit der Behauptung, Graf Molé und seine Freunde sähen in der Verlängerung der Gewalt des Präsidenten die einzige Rettung aus der drohenden Krisis. — Thiers wird dieser Tage nach Claremont reisen, um den Einfluß zu zerstoren, den Guizot in Bezug auf die Kandidatur des Prinzen Joinville auf mehrere Mitglieder der königl. Familie gewonnen hatte. (A. Z.)

Mit zwei Beilagen.

Zweite Beilage zu Nr. 253 der Breslauer Zeitung.

Freitag, den 12. September 1851.

[1121] **Entbindungs-Anzeige.**
Gestern Nachmittag 5 1/2 Uhr wurde meine liebe Frau Ida, geb. Pflücker, von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden.
Reichenbach in Schles., den 10. Sept. 1851.
C. d. e.

[2485] **Entbindungs-Anzeige.**
Heute wurde meine Frau von einem gesunden Knaben glücklich entbunden.
Breslau, den 11. Septbr. 1851.
Karl Rahmer.

[2493] **Entbindungs-Anzeige.**
Heute ist meine liebe Frau Johanna, geb. Höniger, von einem Knaben entbunden worden. Diese Anzeige allen Verwandten und Freunden, statt jeder besonderen Meldung.
Nordhausen, den 8. September 1851.
Dr. Goldmann.

[1126] **Todes-Anzeige.**
Das gestern Abend um 6 Uhr erfolgte Hinscheiden ihres guten Vaters und Schwiegervaters, des königlichen Rechnungsraths und Ritters des rothen Adlerordens 4. Klasse, Ignaz Robert Kowatz, beehren sich ergebenst anzuzeigen:
Die trauernden Hinterbliebenen.
Leobschütz, den 10. September 1851.

Theater-Repertoire.
Freitag den 12. Septbr. 63te Vorstellung des dritten Abonnements von 70 Vorstellungen.
"Der Freischütz." Romantische Oper in vier Akten, Musik von C. M. v. Weber. — Agathe, Frau Pflücker-Steidler, vom Stadt-Theater zu Köln, als Gast.

[998] **Im alten Theater.**
Heute den 12. September:
Cyclorama
des **Mississippi-Flusses.**
Enthaltend 4000 Meilen amerikanischer Scenerien in 3 Abtheilungen.
Rangloge 10 Sgr. Parquet 7 1/2 Sgr. Parterre 5 Sgr. Gallerie-Elogen und Gallerie 2 1/2 Sgr. Anfang 7 1/2 Uhr. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Billets sind bei den Herren Bote und Bock bis Abends 6 Uhr zu haben.

[1128] Un jeune Suisse français pouvant enseigner les Elements d'une bonne education et fournir de bons renseignements, cherche une place de gouverneur. S'adresser à Mde. Th. Weisse, Frédéricksstrasse, Dresde, etc.

Weiß-Garten.
Heute, Freitag den 12. September
1. Winter-Abonnements-Konzert
der **Springerschen Kapelle**
unter der Haupt-Direktion des königl. Musik-Direktors Hrn. Schön.
Zur Aufführung kommt unter Anderem:
Duvertüre, Oper: Curyanthe v. C. M. v. Weber.
Introduction und Variationen über ein Originalthema für die Violine v. David, op. 18, vorgetragen von Adalbert Schön.
1. Sinfonie (A-dur) von G. Dnlow.
Anfang 5 Uhr, Ende nach 9 Uhr.
Entree für Nicht-Abonnenten, für Herren 5 Sgr., für Damen 2 1/2 Sgr.
[2476]

[2479] Von seiner Badereise zurückgekehrt, empfiehlt sich wiederum zur Anfertigung von künstlichen Zähnen nach englischer Art:
F. Jendrysek,
Goldarbeiter und Zahnkünstler
Schubbrücke 22.

[2484] **Anfrage.**
Herr **Samuel Pinoff**, Goldneradgasse 7, erbietet sich in den Zeitungen zum Ankauf von Knochen zu großen und kleinen Quantitäten, und zwar zum Preise von 40 Sgr. pro Ztr. Unterzeichnet, auf diese Annonce vertrauend, übergab genannter Firma vor einigen Tagen 73 Pfd. Knochen, die ihm indessen nur zu 63 Pfd. angerechnet und mit nur 27 1/2 Sgr. pro Ztr. bezahlt wurden. Wie dies zugeht, mag Herr S. Pinoff mir selbst beantworten.
F. Schneider.

[2492] Jeden warte ich, sei es, wer es wolle, irgend etwas mit der Aussicht zu kreditiren, den Zahlungsanspruch an mich zu machen.
Kalkowitz bei Karlsrub in Oberschlesien,
den 31. August 1851.
J. A. Kosack, Schullehrer und Organist.

1000 Schock Erlenzpflanzen.
zu 3 Sgr., sind zu verkaufen auf dem Dominium Leuthen bei Lissa.
[1090]

Zarter Teint

[244] **Bekanntmachung**
wegen der Lieferung der Fourage für die Gensdarmarie des Doppelner Regierungs-Bezirks.
Die Fourage-Lieferung für die königliche Gensdarmarie des hiesigen Regierungs-Bezirks und zwar sowohl für die Pferde der Offiziere, Wachtmeister und Gensdarmen, als auch der künftig noch in hiesigen Regierungs-Bezirk neu anzustellenden Glieder des Gensdarmarie-Corps, mit alleiniger Ausnahme der zu Rosel und Reiffe stationirten Gensdarmen, soll für das Jahr 1852 entweder für jeden Kreis besonders, oder wenn geeignete Anerbietungen erfolgen, für den ganzen Regierungs-Bezirk, im Wege des Submissions- und event. des Licitationsverfahrens in Entrepris gegeben werden.
Die königl. Landraths-Aemter werden zu diesem Behufe bestimmte, in den Kreisblättern nach Verlichkeit, Tag und Stunde näher anzugebende Termine zwischen dem 10. und 18. Oktober d. J. anberaumen, in welchen die Forderungen für diese Lieferung und zwar für den Schoffel Hafer, Center Heu und das Schock Stroh unter Zugrundelegung der Entreprisbedingungen, welche bei den Landraths-Aemtern, so wie in unerer Polizeiregistratur einzuleben sind, werden entgegen genommen werden. Portofreie, schriftliche und versiegelte Lieferungs-Anerbietungen werden von den landrätlichen Behörden bis vor Ablauf einer Stunde nach Beginn des Termins angenommen, demnach aber wird unter den erscheinenden Bietungslustigen, welche sich über ihre Qualifikation und Kauionsfähigkeit auszuweisen haben, eine Licitation angestellt werden. Es steht den Unternehmern frei, auch die Lieferung der Gensdarmen-Fourage für mehrere Kreise zu übernehmen und ihre hierauf bezüglichen Anerbietungen in gleicher Weise, wie für einzelne Kreise und bis zu den vorerwähnten Terminen, bei den Landraths-Aemtern schriftlich abzugeben. Ferner können versiegelte und portofreie Anerbietungen zur Entrepris der Gensdarmen-Fourage-Lieferung für den ganzen Regierungs-Bezirk auch unmittelbar an uns und zwar bis zum 18. Oktober d. J. abgegeben werden.

Die Entscheidung über die uns vorbehalten definitive Annahme der Anerbietungen wird bis zum 18. November d. J. erfolgen.
Die zum Fourage-Empfang berechnete Gensdarmarie des diesseitigen Regierungs-Bezirks besteht gegenwärtig aus 2 Offizieren, 4 Wachtmeistern und 61 berittenen Gensdarmen, deren bisherige Stationsorte in unserer Amtsblatt-Bekanntmachung vom heutigen Tage verzeichnet sind und von welchen die Offiziere ein Jeder täglich zwei Rationen, die Wachtmeister und Gensdarmen aber täglich eine Ration empfangen.
Bemerk wird noch, daß die Entreprisen außer den sonstigen in den Lieferungsbedingungen erwähnten Verpflichtungen einen verhältnismäßigen Antheil der Kosten der öffentlichen Bekanntmachung wegen der Lieferungsverbindung zu übernehmen haben.
Doppel, den 5. September 1851.
Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

[560] **Subhastations-Aufhebung.**
Die Subhastation des Ritterguts Langenau ist aufgehoben worden und fällt der hierzu auf den 6. Februar 1852 anberaumte Termin demnach hinweg.
Trebitz, den 9. September 1851.
Königl. Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Subhastations-Bekanntmachung.
Zum nothwendigen Verlaufe des hier in der Ufergasse Nr. 33 belegenen, nach dem städtischen Feuerkataster die Nr. 33 a. und 33 b. in der Ufergasse und Nr. 18 und 19 in der Schulgasse stehenden, auf 17,039 Rthlr. 27 Sgr. 9 Pf geschätzten Grundstückes haben wir einen Termin **auf den 13. Oktober 1851,**
Vormittags 11 Uhr,
in unserem Parteinzimmer — Junkern-Strasse Nr. 10 — anberaumt.
Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registatur eingesehen werden.
Breslau, den 3. März 1851.
[376] Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

[2464] **Wein-Auktion.** Den 13. d. M. Vormittags von 10 Uhr an sollen Kupferschmiedstraße Nr. 37 aus einem aufgelösten Geschäft circa 200 Flaschen Geisenheimer Rheinwein und 100 Flaschen Rothwein öffentlich versteigert werden.
C. Heymann, Aukt.-Komm.

wird ungemein befördert durch die **orientalischen Schönheits-Pastillen** des Dr. Hoffmann, welche in allen perfischen Scavalls eines der wesentlichsten Toilettenbedürfnisse sind und nebst Gebrauchs-Anweisung, die Schachtel zu 1 Tblr. preuß., einzig von **Dr. Ferd. Jansen,** Buchhändler in Weimar bezogen werden können. Briefe und Gelder franco. — Depot von diesen Schönheits-Pastillen befindet sich in **Breslau** bei Herrn **Eduard Groß,** am Neumarkt Nr. 42.

Das Mississippi-Cyclorama,

welches gegenwärtig in Breslau gezeigt wird, ist von dem berühmten **Misley'schen** wohl zu unterscheiden. Letzteres befindet sich gegenwärtig in Prag und erklärt der Eigentümer desselben, Herr **Henry C. Misley** sein Gemälde, welches 60,000 Q.-Fuß im Umfang hat, für das **Originalbild** des **Raucen Smith.**
Uebrigens haben sowohl **A. von Humboldt,** so wie **C. Ritter** in Berlin, bei der dortigen Aufstellung des **Misley'schen** Panorama's ihre bewundernde Anerkennung desselben in den öffentlichen Blättern hinreichend an den Tag gelegt. [2469]

Oberschlesische Eisenbahn.

[1124] Der für das Jahr 1851 mit der königl. Verwaltung der Niederschlesischen Eisenbahn vereinbarte Tarif für Kohlen aus Oberschlesien über Breslau hinaus ist noch nicht erneuert worden, und es können daher von Ende Dezember d. J. ab Kohlen aus Oberschlesien nur für unsere Stationen zur Verladung angenommen werden.
Eine spätere Vereinbarung für den Kohlen-Transport aus Oberschlesien nach Stationen der Niederschlesisch-Märkischen Bahn für das Jahr 1852 werden wir nöthigenfalls öffentlich bekannt machen.
Breslau, den 8. September 1851.
Das Directorium.

Rüben-Zucker-Fabrik zu Groß-Mochbern.

Den Herren Aktionären machen wir hierdurch bekannt, daß die bisher unberichtigt gebliebene Dividende für das Jahr 1. Oktober 1846 bis dahin 1847 mit sechs Prozent pro Aktie in dem Comptoire der Handlung J. F. Kraker unter Production der Aktie gegen Quittung vom 25. bis 30. September erhoben werden kann.
Die Direction.

Weisse Stearin-Kerzen, à Pack 8 1/2 Sgr.,

Urpoll-Kerzen,
4, 5, 6 und 8 Stück per Pack, à Pack von 9 1/2 Sgr. an, so wie die
kaiserlich königlich landesprivilegirten

Austria-Talg-Kerzen,

6, 8, 10, 12, 14, 16, 20 und 24 Stück per Pfund, à Pfd. 6 Sgr.,
sind in vorzüglich schöner Qualität vorräthig bei

Eduard Rickel, Albrechtsstraße Nr. 7.
Partie-Abnehmer genießen verhältnismäßigen Rabatt.

Echt holländische Blumenzwiebeln

in geunden und starken Exemplaren empfiehlt und offerirt die billigsten Preise.
Preislisten hierüber werden gratis verabreicht.
Eduard Monhaupt, Kunst- und Handelsgärtner,
Junkernstraße vis-à-vis der goldenen Gans.
[1102]

Kräuter-Pomade,

unfehlbar gegen das Ausfallen der Haare und zur sichern Beförderung des Wachstums derselben. — Preis: die kleine Krause 5 Sgr., die große 10 Sgr.,

China-Pomade,

deren Wirkung bekannt ist, die kleine Krause 5 Sgr., die große 10 Sgr.,
empfehlen: **Piver u. Comp.,** Parfümerie-Waaren-Handlung, Bischofsstraße, Stadt Rom.

!!! Seitenberger Lagerbier !!!

wovon ich noch gegenwärtig bedeutendes Lager in anerkannt guter Qualität besitze, empfehle ich für Wiederverkäufer, so wie im Einzelnen.
Julius Niegner, Besitzer der Niederlage, Nikolaistraße Nr. 78, im ersten Viertel.
[2490]

Sehr fette neue schottische Wollheringe,

das Stück 9 Pf., 12 Stück 7 1/2 Sgr., das Fäßchen von 25 bis 28 Stück 12 1/2 Sgr., das 1/16-Gebind von einigen 50 Stück 25 Sgr.,
empfehlen: **Robert Hausfelder,** Albrechtsstraße 17, Stadt Rom.

Sauersche und Schömberger Würste

bei **Hermann Strafa,** Junkernstraße 33.
[2480]

Untrügliches Mittel

den Brand aus dem Weizen beim Anbau durch ein einfaches und mit wenig Kosten verknüpftes Verfahren immer zu entfernen und davon sich zu befreien.
Eine gründliche Abhandlung in dieser Sache wird zeigen, auf welche Art der Brand im Weizen entsteht, und auf welche Art und Weise derselbe auszurotten ist. Die Abhandlung in dieser Sache in einem Exemplar kostet 10 Reichsthaler in preussischem Courant, zu haben beim Partikulier und Schiedsmann **M. Witzke,** in Weigelsdorf bei Münsberg.
Briefe und Gelder werden franco erwartet.

[2497] In Gabitz Nr. 105 am Hohenberg Wege in der Fleischeret ist eine Wohnung nebst Blumen- und Obstgarten zu vermieten und Michaelis d. J. zu beziehen. Das Nähere beim Fleischermeister **Schler** daselbst.
[2478] Heute Freitag Mittag und Abend Karpen bei **Sabisch,** Neustadtstr. 60.

[2411] **Ein Hauslehrer,** mit guten Zeugnissen versehen, der in allen Elementar-Gegenständen Unterricht ertheilen kann, geläufig französisch spricht und etwas musikalisch ist, findet sofort eine Anstellung. Das Nähere Lauenzienplatz Nr. 14, par terre links, zu erfahren.

[1122] In meiner zu Liegnitz am Markte vis-à-vis des Theaters neu erbauten großen Eck-Gebäude sind 2 mit 4 großen Bogen-Schaulustern versehene Gewölbe, die sich zu jedem, besonders aber der schönen Lage wegen zu einem großen Mode-Waaren-Geschäft eignen, sofort zu vermieten. Darauf Reflektirende wollen sich bald an mich wenden. **Julius Kosche.**

